

Sehr geehrte Frau Hauffe,

am 19.12.2013 als Email an: office@frauen.bremen.de

in der Anlage erhalten Sie das Dokument von ICRSE - SWAN - TAMPEP zum Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Sexarbeiter_innen. Das Dokument ist in Englisch. Dieser Link auf die Seite des Bundesverbandes erotische und sexuelle Dienstleistungen führt zu einer deutsche Übersetzung wichtiger Passagen der Erklärung.

<http://sexwork-deutschland.de/?p=637>

In Bremen beobachten wir, neben anderen Angriffen auf Menschen, die der Sexarbeit nachgehen, zur Zeit zwei Vorgänge, die das verdeutlichen, was in der Erklärung als strukturelle Gewalt beschrieben wird, die, wie Sie wissen, im Wesentlichen Frauen betrifft.

Fall 1

In Gesprächen mit rumänischen Sexarbeiterinnen, die ihrer Tätigkeit aus eigenem, freien Willen nachgehen, habe wir erfahren, dass derzeit in Bremen ein Gewalttäter Locations der Sexarbeit aufsucht. Uns wurde von den betroffenen Sexarbeiterinnen berichtet, dass der Gewalttäter mehrfach übergriffig geworden ist. Er hat mehrfach körperliche Gewalt, und darüber hinaus sexualisierte Gewalt ausgeübt. Im gravierendsten Fall wurde eine Sexarbeiterin von ihm durch ein Kissen dem Ersticken ausgesetzt. Ungeschützte vaginale und anale Penetration wurde unter Lebensbedrohung durch den Täter erzwungen. Der Gewalttäter tritt mit Perücken und anderen Verkleidungen auf. Seine Straftaten versuchte und beging er bereits in mehreren Bremer Locations. Eine Verfolgung scheiterte in einem Fall (Wichtig wären für solche Fälle Seminare zum Selbstschutz für Sexarbeiterinnen).

Die betroffenen Frauen wollen nicht zur Polizei gehen, da ihre Arbeitsorte durch die Schliessungswelle von Locations, die in Bremen mit dem Baurecht begründet wird, bedroht sind. Sie sehen sich durch diese strukturelle Massnahme in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht. Sie ziehen es vor, sich nicht an die Behörden zu wenden. Sie werden uns beipflichten, dass zur Vermeidung einer zweiten Viktimisierung die Identität der Frauen solange geschützt werden muss, bis diese selber die Entscheidung treffen, Hilfe nachzufragen. Anderes Handeln, eventuelle Razzien, intensive Ermittlungsmassnahmen in den Locations, Einsatz größerer Polizeikontingente, scheiden, da werden wir den gleichen Standards parteilicher Sozialarbeit verpflichtet sein, als Handlungsoption aus. Das Vertrauen in staatliches Handeln ist bei Sexarbeiterinnen bereits beschädigt. Dieser Schaden sollte nicht vergrößert werden. (siehe Lagebild BKA Menschenhandel 2012, <http://menschenhandelheute.net/2013/12/18/bka-veroeffentlicht-bundeslagebild-menschenhandel-2012>)

Der Fall wurde daher von uns nur allgemein geschildert. Er hat sich in den vergangenen Wochen in Bremen ereignet und wird sich, solange der Vergewaltiger nicht gefasst wird, in einer Location gegenüber einer Sexarbeiterin oder am anderen Ort gegenüber einer anderen Frau wiederholen. Vermeidbar aber, struktureller Marginalisierung der Sexarbeit geschuldet, sich ereignend. Stigma kills.

Fall 2

In den letzten Wochen haben wir Gespräche mit vielen in Bremen tätigen Sexarbeiterinnen aus Rumänien geführt. Die Gespräche führten wir im Rahmen einer Erhebung zur Frage von Gewaltverhältnissen durch, die laut Ihrer und der Aussage von Herrn Mäurer in Bremen in der Sexarbeit überwiegend vorherrschen würden (Weser Kurier vom 26.11.2013, S.11, Problem Zwangsprostitution).

In Laufe der Gespräche, die wir an den Arbeitsorten (Wohnungen) der Sexarbeiterinnen aus Rumänien durchgeführt haben, wurde von diesen immer wieder betont und nachhaltig klargestellt, dass sie ihrer Tätigkeit aus eigenem, freien Willen nachgehen würden. Auch zu diesen Aussagen, ein Link, der Ihnen mehr Einblick verschaffen kann:

http://sexwork-deutschland.de/?page_id=43

Bei einem der letzten Gespräche, die wir geführt haben, wurde zwei Sexarbeiterinnen seitens des Vermieters (oder dessen Beauftragtem) das weitere Gespräch mit uns untersagt. Die Sexarbeiterinnen beendeten daraufhin das Gespräch mit uns, da sie Angst hatten, ihren Arbeitsort in Bremen zu verlieren. So wie es allen abhängigen Beschäftigten gehen würde, die sich über die betriebliche Weisung hinwegsetzen, mit Aussenstehenden über betriebliche Interessen und Angelegenheit zu sprechen. Dies gilt schliesslich auch im Verhältnis Senator und Sachbearbeitung. Welchen Hintergrund die Untersagung durch den Vermieter hatte, können wir im Einzelnen nicht beurteilen. Wir halten dieses Vorgehen des Vermieters allerdings für unangemessen. Es soll hier aber nicht im Zentrum stehen. Auch wenn mit gleicher Begründung wohl weitere neun rumänische Sexarbeiterinnen das Gespräch mit uns nicht führen bzw. fortführen konnten. Auch hier gilt es natürlich, wie im obigen Fall, eine zweite Viktimisierung zu vermeiden

Strukturelle Gewalt

Im Zentrum steht für uns der Hinweis auf die Tatsache der strukturellen Massnahmen gegen die Sexarbeit in Bremen durch Schliessung von Locations. Es wurden im vergangenen Jahr weit über 20 Locations geschlossen. Dies betrifft wenigstens 50 Zimmer, in denen Sexarbeiterinnen ihrer Tätigkeit nachgehen

konnten. Die so bewirkte Verknappung von Arbeitsorten setzt die Sexarbeiterinnen unter massiven Druck und schwächt deren Verhandlungsposition auf dem Markt der möglichen Arbeitsorte erheblich. Um ihre wirtschaftliche Existenz zu sichern, sind sie bereit Anweisungen von Vermietern zu akzeptieren, die sie, sofern der Markt an möglichen Arbeitsorten nicht reduziert worden wäre und ihnen sozial Wertschätzung zuteil würde, nicht hätten akzeptieren müssen. So wie auch in Industrie, Haushalt und Gesundheitswesen aufgrund der Marktlage Leih-, Werksvertrags- oder ohne jeden Vertrag Arbeitende extreme Formen der Ausbeutung und gefährdende Arbeits-/Aufenthaltsbedingungen hinnehmen müssen. In prekären Situationen tätige Sexarbeiterinnen sind da nur ein Beispiel, auf das medial, dem Grundsatz sex sells folgend, sexistisch die Aufmerksamkeit fokussiert wird. Zu dieser Art von medialer Berichterstattung hat der KOK e.V. sich ja, eindeutig ablehnend geäußert (http://www.kok-buero.de/uploads/media/Umgang_Presse_mit_MH_2013_final.pdf)

In beiden geschilderten Fällen sind strukturelle, politisch verursachte Gegebenheiten dafür verantwortlich, dass die Vulnerabilität der Frauen erhöht, ihre wirtschaftliche Existenz gefährdet und ihre Rechtsposition geschwächt wurde. Hinzu kommt die durch Herrn Mäurer und Sie deklassierend vorgenommene Bewertung der ethnischen Gruppe rumänischer Sexarbeiterinnen, als überwiegend entmündigte, willenlose Menschen, die nicht zu Entscheidungen in eigener Sache befähigt, sondern von Gewaltverhältnissen bestimmt sind. Durch nichts belegt und realitätswidrig dient diese Deklassierung rumänischer Frauen, als Rechtfertigung für ein restriktives Vorgehen gegen Locations in Bremen. Unter der Fahne der Samariter wird den Frauen „Hilfe“ zuteil, nach der sie nicht gerufen haben und die sie nicht wollen. Rollkommandos, so die Bezeichnung, die verängstigte Frauen für die sogenannten polizeilichen Präventivkontrollen in Bremen wählen, verschaffen sich, einen humanitären Hilfseinsatz vortäuschend, Zugang zu Wohnung, Privat- und Intimsphäre. Als hilfreich empfinden das die diesem Zwangseingriff unterworfenen Frauen nicht. Lieber hätten sie eine_n Beamte_n oder zwei zum Kaffee eingeladen. Kein Problem. Nur, wieso die Polizei, lieber die Nachbarn oder sie Frau Hauffe. Was haben diese Frauen mit der Polizei zu tun? Sind sie eines Verbrechens schuldig?

Unbeabsichtigte Folgen, absichtsvollen Handelns

Dieses Vorgehen schafft, so stellen die geschilderten Fälle dar, allerdings erst Verhältnisse struktureller Gewalt, die dann die Grundlage für Entrechtung und Entmündigung durch Dritte sein können. Jedoch sind es in diesem Fall weder Zuhälter noch Menschenhändler, die der Entmündigung und Entrechtung die Basis schaffen. Die Verwaltungspraxis der Schliessung von Locations, auch die Angst davor, sind es, die sprachlich, wirtschaftlich und rechtlich marginalisierte Frauen, ihre wirtschaftliche Existenz sichernd, ein empfindliches Übel fürchtend, dazu nötigen, den Anordnungen von Vermietern zu folgen oder Gefahren für Leib und Leben in Kauf zu nehmen. Wobei die Anordnung der Vermieter, keine politischen Statements seitens der Sexarbeiterinnen uns gegenüber abzugeben, als fürsorgliche Wahrung der Interessen der Sexarbeiterinnen interpretiert werden könnte.

Die wiederholte unbegründbare und unbelegbare Behauptung, Sexarbeiterinnen aus Rumänien unterlägen in Bremen überwiegend Gewaltverhältnissen, insbesondere sofern sie in Wohnungen arbeiten, wurde von einer restriktiven Amtspraxis begleitet, die heute zu Strukturen geführt hat, die das Gefährdungspotential für Sexarbeiterinnen erhöht, die Transparenz der Sexarbeit verringert, die Sexarbeiterinnen verletzlicher macht und das Misstrauen der Sexarbeit gegenüber politischen Absichten, egal von welcher Gruppierung verfolgt, erhöht. Die Stärkung der Rechtsposition der Sexarbeiterinnen, Ziel des Prostitutionsgesetzes von 2002, wird damit nicht erreicht. Frauenrechte werden nicht gestärkt. Empowerment und Teilhabekultur sehen anders aus. Das ist unsere Meinung.

Gespräch

Wir würden zu diesen Fällen und Themenfeldern gerne mit Ihnen das Gespräch führen, da wir glauben, dass Sie in ihren Bemühungen um die Gleichberechtigung von Frauen, ein Bild von Sexarbeiterinnen und der Sexarbeit haben und vermitteln, das sehr realitätsfern ist. Dieses realitätsferne Bild, führt, so sehen wir das, zu Handlungen ihrerseits, die das Gegenteil dessen bewirken, was sie, laut öffentlicher Erklärungen, beabsichtigen.

Wir das sind: Alissia, Ella, Isabella, Julia Weiss, Lara Freudmann, Marissa, Evelyn, eine wachsende Zahl ihrer Kolleginnen und Klaus Fricke, als parteilicher Sprecher für unsere Interessen

Wir würden sie gerne zeitnah aufsuchen oder sie gerne einladen, um das Gespräch zu führen. Die o.g. Fälle legen nahe, das es einen Handlungsdruck gibt. Wir würden Ihnen und der Öffentlichkeit gerne Ergebnisse unsere Erhebung über Sexarbeiterinnen insbesondere rumänischer Herkunft vorstellen, die in Bremen in Wohnungen tätig sind und Ihnen einen Einblick in unseren Arbeitsalltag ermöglichen.

Danke für Ihre Antwort
Mit freundlichen Grüßen
als Sprecher Klaus Fricke

(Verantwortlich Projekt Ne-RO-In, Fachmoderator www.sexworker.at, Sexworker Forum - Netzwerk und Forum für gegenseitige Hilfe und Aufklärung seit 2005, registriert als internationale NGO mit Sitz in Wien, akkreditiert als Verfasserin von [Schattenberichten](#) zur Lage von Sexworkern in Ländern in Zentraleuropa an UNOHCHR Genf seit 2010 - www.sexworker.at, Sprecher „Haus9“ - Vermietung von Betriebsstätten zur gewerblichen Tätigkeit an selbständig in der Sexarbeit tätige Menschen)